

Bundespräsidentin Sommaruga zu den Entscheiden des Bundesrats, 11. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Corona-Ansteckungen nehmen weiter zu – und zwar rasch und stark. Und das praktisch in allen Regionen unseres Landes. Wir sind damit in einer äusserst kritischen Phase. Statt dass sich die Ansteckungen halbieren, wie es nötig wäre, nehmen sie exponentiell zu. Das bringt unsere Spitäler und vor allem auch unser Gesundheitspersonal ans Limit. Und die Einschränkungen, die wir wegen dem Virus haben, belasten die ganze Bevölkerung und Wirtschaft.

Diese Entwicklung hat sich, leider, bereits letzte Woche abgezeichnet. Daher hat der Bundesrat die besonders betroffenen Kantone zum Handeln aufgerufen und mit ihnen gesprochen. Am Dienstag haben wir Bilanz gezogen und gesehen: Wir können nicht länger zuwarten. Damit wir das Virus unter Kontrolle bringen, braucht es zusätzliche Massnahmen. Und es muss rasch gehen.

Das hat auch die Bevölkerung gespürt.

Für die Bevölkerung ist in der aktuellen Situation nicht entscheidend, wer etwas anordnet. Entscheidend ist, dass die Ansteckungen wieder sinken.

Dans la situation actuelle, pour la population peu importe qui décide quoi.
Ce qui compte c'est que les infections diminuent.

Per la popolazione ora non è importante chi decide cosa.
Quello che conta è che ci siano meno contagi.

Darum hat der Bundesrat das Heft wieder stärker in die Hand genommen.

Und zwar mit wirksamen Massnahmen und gleichzeitig mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung für die besonders Betroffenen.

Der Bundesrat hat heute dazu konkret Folgendes beschlossen:

Restaurants, Bars, Läden, Märkte, Bibliotheken, Museen sowie Sport- und Freizeitanlagen sind nur noch bis 19.00 Uhr offen. Damit reduzieren wir die Kontakte und damit auch das Risiko von Ansteckungen.

Der Bundesrat möchte aber den Kantonen entgegenkommen, die in den letzten Wochen selber zum Teil sehr strenge Massnahmen ergriffen haben und die Zahl der Ansteckungen senken konnten. Unter klaren Voraussetzungen können diese Kantone die Restaurants bis um 23 Uhr offenhalten. Der Bundesrat erwartet aber, dass sie sich mit den angrenzenden Kantonen absprechen. Und es gilt auch für sie: Sobald die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind, müssen sie die Sperrstunde von 19 Uhr einführen. Diese Massnahmen treten heute um Mitternacht in Kraft und gelten bis am 22. Januar 2021.

Der Bundesrat ist sich bewusst, dass mit diesen Massnahmen viele Betriebe, Angestellte, aber zum Beispiel auch Kulturschaffende hart getroffen werden. Er hat deshalb heute beschlossen, dass er die Mittel für die Unterstützung aufstockt. Der Bundesrat wird bereits nächste Woche dem Parlament eine Aufstockung der Mittel um 1,5 Mrd. Franken beantragen. Dabei sollen für besonders betroffene Branchen auch Branchenlösungen gesucht werden. Der Situation von selbständigen Kulturschaffende, die faktisch einem Berufsverbot unterliegen, soll ebenfalls besser Rechnung getragen werden.

Wie bereits letzten Dienstag gesagt, will der Bundesrat aber auch vorbereitet sein, wenn die Ansteckungen in einzelnen Kantonen oder Regionen in den kom-

menden Wochen noch einmal stark zunehmen. Der Bundesrat wird nächste Woche die Kantone konsultieren, um das Vorgehen so festzulegen, dass der Bundesrat für diesen Fall sehr rasch Entscheide fällen kann.

All diese Massnahmen dienen dazu, dass wir die Krise besser bewältigen können.

Dem Bundesrat ist bewusst, dass unsere Massnahmen unterschiedlich beurteilt werden: Den einen gehen sie zu wenig weit, den anderen zu weit.

Die Konsultation hat aber ebenso gezeigt: Die meisten wünschen sich eine stärkere Vereinheitlichung. Das braucht es in der jetzigen Situation.

Meine Damen und Herren

Wir haben alle ein Ziel, nämlich die Ansteckungen zu senken:

- Damit wir weiterhin genug Notfallbetten haben – vor allem aber, damit wir das Pflegepersonal, das bereits heute unter einem enormen Druck steht, nicht noch stärker zu belasten. Denn unsere schwerkranken Mitmenschen sollen die Pflege erhalten, die sie brauchen.
- Wir wollen aber immer auch die wirtschaftliche Situation im Auge behalten. Das heisst, wir wollen einen Lockdown verhindern und wir unterstützen jene Menschen und Betriebe, die aufgrund dieser Corona-Krise in Schwierigkeiten geraten.

Dass der Bundesrat das Heft wieder stärker in die Hand nimmt, ist nicht gegen die Kantone gerichtet und widerspricht auch nicht dem Föderalismus.

Was der Bundesrat heute entschieden hat, ergibt sich aus der Verantwortung, die wir für das Land haben. Wir alle – gemeinsam.

Ich bin überzeugt: Das erwartet die Bevölkerung von uns.